

Handelsblatt

INTERNATE

Keine Visa für ausländische Schüler: Privatschulen fürchten um ihre Existenz

von: Christine Demmer
Datum: 17.08.2020 13:08 Uhr

Studierende aus dem EU-Ausland dürfen nach Deutschland einreisen, Schüler aber nicht. Viele Internate geraten unter Druck – und bekunden offen ihren Unmut.



Privatschule Schloss Salem

Selbst die Topschule am Bodensee dürfte das erzwungene Ausbleiben der ausländischen Schüler treffen.

(Foto: Fred Krahwinkel)

Düsseldorf. Zu Beginn des neuen Schuljahres werden viele Schulbänke in deutschen Internaten und Privatschulen leer bleiben. Denn das Auswärtige Amt hat seine diplomatischen Vertretungen in den meisten Ländern außerhalb der EU angewiesen, für Schüler keine Einreisevisa auszustellen, während Studienanfänger sehr wohl einreisen dürfen. Das Amt begründet das mit der Infektionsgefahr durch das Coronavirus.

Deutsche Internate mit einem hohen Ausländeranteil sowie Sprachschulen, die sich auf Vorbereitungskurse für junge Chinesen spezialisiert haben, drohen unter massiven wirtschaftlichen Druck zu geraten. Gerade Schüler aus China zahlen hohe Schulgelder und zählen zu den wichtigsten Einnahmequellen der privaten Institute.

Reinhard Koglin, Gesamtleiter der privaten CJD Christophorusschule in Königswinter, fürchtet gravierende ökonomische Auswirkungen: „Deswegen geht man nicht direkt pleite“, räumt er zumindest für sein Haus ein. „Aber alle Internate haben chinesische Schüler.“ In manchen Einrichtungen kommen sogar 20 Prozent der Schüler aus einem einzelnen Fremdstaat, das ist die gesetzlich vorgeschriebene Höchstgrenze.

Bei jährlichen Gebühren von bis zu 50.000 Euro pro Schüler, die die Internate bei Nichterfüllung der vertraglichen Leistung zurückerstatten müssen, dürfte den Internaten in Summe ein Millionenschaden entstehen. Immerhin: Internatsschüler, die bereits das letzte Schuljahr in Deutschland verbracht haben, dürfen einreisen.

THEMEN DES ARTIKELS



Die deutsche Botschaft und die Konsulate in China dürfen derzeit nicht einmal Anträge auf ein Einreisevisum entgegennehmen. Da dieser Prozess wenigstens drei Monate in Anspruch nimmt, werden chinesische Schüler das kommende Schuljahr weitgehend abschreiben müssen. Und die Privatschulen ihre Einnahmen.

Die Frankfurter Vermittlungsagentur German Education Partners hat deshalb für einen offenen Beschwerdebrief an das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium Dutzende von Unterschriften von Internats- und Sprachschulleitern gesammelt.



Chinesische Schüler an deutschen Privatschulen

Deutsche Internate und Sprachschulen sind mit der aktuellen Regelung unzufrieden.

(Foto: Fred Krahwinkel)

Unterschrieben hat auch Heike Elz, Leiterin der niedersächsischen Schule Marienau und amtierende Vorsitzende der Internatevereinigung. Sie sagt: „Zum Teil haben die Eltern die Jahresgebühren schon überwiesen. Das heißt, wir müssen die Betten für die angenommenen Schüler frei halten und können nicht neu belegen.“

Die Einnahmeverluste kurzfristig abzufedern sei nicht möglich, so Elz: Bei jedem Internat mache der Personalaufwand 70 bis 80 Prozent der Kosten aus, und die Verträge mit Lehrern und Erziehern für das neue Schuljahr seien geschlossen.

Selbst die Topschulen sind betroffen

Selbst die Topsschule Schloss Salem am Bodensee dürfte das erzwungene Ausbleiben der ausländischen Klientel treffen: Schüler aus sieben Staaten, darunter aus China, seien betroffen, sagt Gesamtleiter Bernd Westermeyer. Er habe bereits Gespräche mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Landes Baden-Württemberg geführt.

Westermeyers Argumente: „Alle vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen wie Testung und Quarantäne werden selbstverständlich eingehalten.“ Außerdem würden die eingereisten Kinder und Jugendlichen während des Schuljahres 2020/21 nur in Ausnahmefällen nach Hause reisen. „Wir gehen deshalb davon aus, dass vor Beginn des neuen Schuljahres eine politische Lösung gefunden wird.“

Das in dieser Angelegenheit interministeriell federführende Bundesinnenministerium (BMI) macht allerdings wenig Hoffnung auf eine kurzfristige Lockerung der Bestimmungen. Die EU-Kommission hatte in ihrer Öffnungsempfehlung vom 11. Juni von „study“ gesprochen. Das Auswärtige Amt hatte das so ausgelegt, dass die Einreise nur Studierenden gestattet ist. Mittlerweile hat die EU-Kommission ihre Bestimmungen präzisiert und auch die Einreise zum Zweck des Schulbesuchs empfohlen.

Die Regierung habe das zwar zur Kenntnis genommen, teilte eine BMI-Sprecherin mit. Doch man lege die Bestimmungen weiterhin restriktiv aus. Man bleibe bei der eingeschlagenen Linie: „Die Einreisebeschränkungen für Schüler dienen in erster Linie dem Infektionsschutz.“ Den Privatschulen wird das nicht gefallen.

Mehr: Internate in Corona-Zeiten: Videokonferenzen nur Notlösung

© 2020 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.